

## **Kleine Anfrage 830**

des Abgeordneten Christoph Schulze  
BVB / FREIE WÄHLER Gruppe

an die Landesregierung

### **KITA VII - Verständnis Wortlaut und Umsetzung des Kita-Gesetzes im Land Brandenburg I**

Nach SGB VIII, § 24, Absatz 3 hat jedes Kind, das das dritte Lebensjahr vollendet hat bis zum Schuleintritt den Anspruch auf Förderung einer Tageseinrichtung. Das Gesetz formuliert an dieser Stelle nicht, ob eine Tageseinrichtung eine originäre Kita einer Gemeinde, eines freien Trägers oder eine Tagespflegeeinrichtung, auch umgangssprachlich „Tagesmutter“ genannt, ist.

Weiter lautet es in § 24, Absatz 3, Satz 2 im SGB VIII: *„Die Träger der Öffentlichen Jugendhilfe haben darauf hinzuwirken, dass für diese Altersgruppen, d.h. der Kinder vom dritten bis zum sechsten Lebensjahr, ein bedarfsgerechtes Angebot an Ganztagsplätzen zur Verfügung steht.“* Weiterhin sagt der gleiche Paragraph: *„Das Kind kann bei besonderem Bedarf oder ergänzend auch in Kindertagespflege gefördert werden.“* Daraus ist zu schlussfolgern, dass die Versorgung von Kindern im Alter vom dritten bis zum sechsten Lebensjahr erst einmal in Kindertagesstätten („Kitas“ genannt) erfolgen soll, aber dass aus besonderen Gründen oder bei besonderem Bedarf auch ergänzend der Rechtsanspruch von Eltern darauf besteht, ihre Kinder in Tagespflege (sogenannte „Tagesmütter“) unterzubringen und fördern zu lassen.

Nunmehr entbrannte im Land Brandenburg an verschiedenen Stellen der Streit zwischen Landkreisen, als Träger der Öffentlichen Jugendhilfe, den Kommunen und auf der anderen Seite den Tagesmüttern und den Eltern die Diskussion und der Streit, wer nun festlegen kann, wo ein Kind untergebracht wird. Es gibt zahlreiche beschriebene Fälle, in denen Eltern wünschen, dass ihre Kinder, die das dritte Lebensjahr vollendet haben, nicht in einer Kindertagesstätte untergebracht werden, sondern bei einer Tagesmutter, weil es dafür aus Sicht der Eltern hinreichende schwere Gründe gibt. Immerhin gibt es noch das Elternwahlrecht. Die Eltern sollen entscheiden können, so jedenfalls ist der Grundtenor des Kita-Gesetzes und auch der Landesverfassung des Landes Brandenburg, wo ihre Kinder betreut werden.

Nunmehr maßen sich aber Träger der Öffentlichen Jugendhilfe und auch Gemeinden, die Träger von Kitas sind, an, Eltern vorzuschreiben, dass sie ihre Kinder in eine ganz bestimmte Kita zu bringen haben, auch wenn diese Kita nach Einschätzung von Eltern, aber auch von Ärzten für die Unterbringung und Betreuung dieses Kindes nicht geeignet sind. Daraus ergeben sich eine ganze Reihe von Fragen:

**Aus diesem Grund frage ich die Landesregierung:**

- 1) Gibt es grundsätzlich im Land Brandenburg, basierend auf der Landesverfassung und dem Kita-Gesetz, das Recht von Eltern, festzulegen, in welcher Pflegeeinrichtung sie ihr Kind in Form von Ganztagsversorgung, d.h. Kita oder Tagespflege, untergebracht wird?
- 2) Wenn es dieses Recht der Eltern nicht gibt zu entscheiden, ihr Kind in Kita oder Tagespflege ihrer Wahl unterzubringen (sofern dies Angebot real existiert), auf welcher Rechtsgrundlage basiert diese Verweigerung des Elternwahlrechts und der Letztentscheidung der Eltern, durch die Kita-Träger bzw. die Träger der öffentlichen Jugendhilfe?
- 3) Läuft es, wenn es ein Elternwahlrecht nicht gibt, darauf hinaus, dass die Eltern entgegen ihren Willen und Glauben dann gezwungen werden, ihre Kinder in einer Einrichtung unterzubringen, die sie für ungeeignet halten?
- 4) Wäre eine derartige Position mit der Landesverfassung und Art. 6 Abs. 2 Grundgesetz, Zitat: *„Pflege und Erziehung der Kinder sind das natürliche Recht der Eltern und sie zu fördern ihnen obliegende Pflicht.“* vereinbar, wenn Eltern der Ort der Kinderbetreuung quasi aufgezwungen wird?